Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr

Geschäftsführung: Jochen Friedrich

Telefon: 06421 201-1405
Telefax: 06421 201-1406
E-Mail: jochen.friedrich@marburg-stadt.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12 Uhr
Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 13.08.2018

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (öffentlich)** der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am

Dienstag, dem 21.08.2018, 18:00 Uhr,
Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.06.2018

3 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21

4 Anträge der Fraktionen

4.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Mit dem ÖPNV-Nulltarif gegen Stickoxid-Vergiftung
Vorlage: VO/5797/2017

4.2 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Verkehrsdaten Rotenberg und Graf-von-Stauffenberg-Straße
Vorlage: VO/6263/2018

4.3 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Erstellung einer Liste aller öffentlichen Spielplätze in Marburg mit einer Zustandserfassung
Vorlage: VO/6294/2018

4.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. vertikale Gärten
Vorlage: VO/6312/2018

4.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Verkehrssicherheit am Ortenberg und in Ockershausen herstellen
Vorlage: VO/6313/2018

4.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. sichere Schulwege
Vorlage: VO/6314/2018

4.7 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. "Waldstraße" zwischen Waldtal und Bauerbach/Ginseldorf
Vorlage: VO/6361/2018

4.8 Antrag der Fraktionen von BfM, SPD und CDU betr. Aufklärungsoffensive zur Vermeidung von Plastikmüll
Vorlage: VO/6381/2018

4.9 Antrag der Fraktion B90/die Grünen betr.: Kommunale Strategie zur nachhaltigen Reduzierung des Eintrags von Mikroplastik in lokale Fließgewässer und Böden
Vorlage: VO/6382/2018

4.10 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Plastikverpackungen raus aus Marburg
Vorlage: VO/6383/2018

4.11 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Schlafampeln in Marburg
Vorlage: VO/6386/2018

5 Kenntnisnahmen

5.1 Antrag der BfM-Fraktion betr.: Einseitige Öffnung der Weidenhäuser Brücke stadteinwärts
Vorlage: VO/6243/2018

5.2 Stellungnahme zum Antrag betr. Verkehrsdaten Rotenberg und Graf-von-Stauffenberg-Straße
Vorlage: VO/6263/2018-1

6 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Dr. Karsten McGovern
Vorsitzender

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/5797/2017** öffentlich 07.09.2017
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Mit dem ÖPNV-Nulltarif gegen Stickoxid-Vergiftung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, umgehend mit Planungen zu beginnen, bis spätestens Ende 2018 einen Nulltarif im Öffentlichen Personennahverkehr einzuführen.

Begründung:

Marburg gehört zu den 61 Städten, die die zulässigen Stickoxidwerte überschreiten. Die von CDU/CSU und SPD getragene Bundesregierung ist offenbar nicht gewillt, die Automobilindustrie zu Nachrüstungen der im Verkehr befindlichen Dieselfahrzeuge zu zwingen, damit die erlaubten Grenzwerte eingehalten werden. Will man Fahrverbote für Dieselfahrzeuge und damit die Enteignung vieler Diesel-PKW-BesitzerInnen vermeiden, müssen die Städte eigene verkehrspolitische Maßnahmen ergreifen, um den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu fördern.

Sowohl die Vergiftung der Luft durch Stickoxide als auch der Klimawandel erfordern entschlossene Maßnahmen, um eine Verkehrswende herbeizuführen.

Ein Nulltarif im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) würde erheblich dazu beitragen, den Motorisierten Individualverkehr (MIV) in der Stadt zu verringern.

Bestes Beispiel für seine Wirksamkeit ist das Semesterticket, über das alle Studierenden verfügen. Fuhren 1991 noch 30 Prozent der Marburger Studierenden mit dem Auto zur Uni waren es 2011 nur noch 6 Prozent.

Neben den Studierenden gibt es immer mehr Gruppen, die verbilligt oder kostenlos den ÖPNV nutzen können. Jüngstes Beispiel ist der Nulltarif für Beschäftigte des Landes Hessen, und das Schülerticket, das dazu berechtigt kostengünstig oder sogar kostenlos in ganz Hessen

den ÖPNV zu benutzen. StadtpassinhaberInnen, JobticketinhaberInnen und SeniorInnen sind andere Gruppen, die verbilligt fahren. Es wäre nur konsequent und fair, einen Nulltarif für alle einzuführen.

Der Nulltarif alleine wird nicht helfen. Der ÖPNV-Angebot müsste ausgebaut, attraktiver, schneller und umweltfreundlicher werden (Schnellbusse, Straßenbahn, Elektrobusse usw.) und der Radverkehr konsequent gefördert werden.

Um den Nulltarif einzuführen, müsste die Stadt mit dem RMV ein Abkommen treffen, das die Übernahme der Einnahmeausfälle des RMV durch die Stadt vorsieht (ähnlich wie es der AStA für die Studierenden oder das Land Hessen für die SchülerInnen und Landesbeschäftigten getan hat).

Die Finanzierung des Nulltarifs müsste über Überschüsse der Stadtwerke und vor allem aus Mitteln des städtischen Haushalts erfolgen. Da die Unternehmen erheblich zum Verkehrsaufkommen beitragen, aber nicht wie in Frankreich die Möglichkeit besteht, sie direkt an der Finanzierung zu beteiligen, könnten fehlende Finanzmittel durch eine Erhöhung des sehr niedrigen Gewebesteuerhebesatzes beschafft werden.

Roland Böhm
Jan Schalauske

Henning Köster-Sollwedel
Jonathan Schwarz

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6263/2018** öffentlich 24.05.2018
Antragstellende Fraktion/en:	SPD BfM CDU	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Kenntnisnahme	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Kenntnisnahme	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Verkehrsdaten Rotenberg und Graf-von-Stauffenberg-Straße

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, die Straßen „Rotenberg“ und „Graf-von-Stauffenberg-Straße“ hinsichtlich ihrer verkehrlichen Nutzung in einem schriftlichen Bericht darzustellen. Insbesondere wird gebeten, dass die Fragen 2.1 bis 2.7 in dem Bericht jeweils im Tagesgang und in beide Fahrtrichtungen herausgearbeitet werden:

Grundfragen:

1.1 Welches Zahlenmaterial liegt dem Magistrat über die verkehrliche Nutzung des Rotenbergs bzw. der Graf-von-Stauffenberg-Straße und der jeweils angrenzenden Verbindungsstraßen aktuell vor?
1.2 Woher stammen diese Daten, und beruhen diese auf konkreten Zählungen oder sind es Schätzungen/Interpolationen?
1.3 Wie alt ist das Datenmaterial?
1.4 Hält der Magistrat das vorhandene Datenmaterial für ausreichend aussagekräftig, auch im Hinblick auf mögliche städtebauliche Entwicklungen oder werden aktuelle Zählungen benötigt?
1.5 Wenn 1.4 ergibt, dass neue Zählungen erforderlich sind: Was würden diese kosten und bis wann lägen diese vor?)

Analyse der Verkehrsdaten:

2.1 Wie hoch ist die Nutzung durch Schwerlastverkehr? Wo liegen dessen Ziele (sofern bekannt)?
2.2 Wie hoch ist die Nutzung durch ÖPNV?
2.3 Wie viele PKW nutzen die Straße und (sofern bekannt) mit welchem Ziel?
2.4 Wie stark werden die beiden Straßen (bzw. die Gehwege und Querungen) von Fußgängern frequentiert?
2.5 Wie viele Fahrräder nutzen die beiden Straßen?

2.6 Welche zusätzlichen Verkehre werden von einem Einkaufsmarkt am Oberen Rotenberg auf der Straße Rotenberg erwartet?

2.7 Welche zusätzlichen Verkehre werden für die Straßen Rotenberg bzw. Graf-von-Stauffenberg-Straße bei einer möglichen Bebauung des Engelsbergs bzw. des Hasenkopfes zu erwarten sein?

Schlussfolgerungsfragen:

3.1 Welche weiteren Zusatzbelastungen hält der Magistrat für den Rotenberg, die Graf-von-Stauffenberg-Straße und die jeweils angrenzenden Verbindungsstraßen für vertretbar?

3.2 Welche Knotenpunkte wären ertüchtigungsbedürftig und welche sind aufgrund der Gegebenheiten vor Ort auch künftig nicht zu verbessern?

Begründung:

Vor dem Hintergrund einer möglichen Wohnungsbau-Entwicklung am Engelsberg bzw. am Hasenkopf ist es unerlässlich, die verkehrliche Situation zu hinterfragen. Dabei sind sowohl der IST-Zustand als auch die möglichen verkehrlichen Auswirkungen zukünftiger Entwicklungen zu beachten. Auch die Verkehrssicherheit der Schulkinder – zum Beispiel im Bereich der Sybelstraße – und die Belastung der möglichen Ausweichrouten sind in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Um die anstehenden Entscheidungen hinsichtlich städtebaulicher Entwicklung im Marburger Westen fundiert treffen zu können, müssen die verkehrlichen Rahmendaten den Entscheidern und den Bürgerinnen und Bürgern für die umfassende Bürgerbeteiligung vorliegen.

Sonja Sell	**Andrea Suntheim-Pichler**	**Roger Pfalz**
Dr. Fabio Longo	**Roland Frese**	**Lars Küllmer**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6294/2018** öffentlich 05.06.2018
Antragstellende Fraktion/en:	FDP/MBL	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Erstellung einer Liste aller öffentlichen Spielplätze in Marburg mit einer Zustandserfassung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einer Liste aller öffentlichen Spielplätze (inkl. derer auf städtischen Schulgeländen) in Marburg mit einer Zustandserfassung und dem jeweils letzten Ergebnis der Jahresprüfung zu erstellen. Es wird zudem darum gebeten, pro Spielplatz anzugeben, welche Maßnahmen bereits geplant sind, wie es um einen barrierefreien Zugang bestellt ist und in welchen Intervallen Sicht- und Funktionskontrollen erfolgen.

Begründung:

Spielplätze sind ein wichtiger Naherholungsraum und gleichzeitig wartungs- und haftungsintensiv. Um die aktuelle Qualität zu erfassen, erscheint eine detaillierte Auflistung sinnvoll. Daraus könnten sich z.B. ableiten lassen, welche Spielplätze bzw. Spielgeräte erneuert werden müssten, was ggf. zur Erhöhung der Sicherheit getan werden könnte oder wo die Spielgeräte aus dem ehemaligen Camp Cappel Sinn machen könnten.

Christoph Ditschler, Lisa Freitag, Hanke Bokelmann, Dr. Hermann Uchtmann

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6312/2018** öffentlich 11.06.2018
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. vertikale Gärten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, an welchen städtischen Gebäuden vertikale Gärten (ggf. zusätzlich zu bestehenden) eingerichtet werden und dies dann sukzessive zu verwirklichen.

Begründung:

Mehr Pflanzen bedeuten mehr Sauerstoff in der Stadt und sind ein Schritt in Richtung Klimaanpassung. Hier können vertikale Gärten einen Beitrag leisten, auch da, wo horizontale Flächen nicht vorhanden sind.

Dr. Elke Neuwohner **Hans Werner Seitz**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6313/2018** öffentlich 11.06.2018
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Verkehrssicherheit am Ortenberg und in Ockershausen herstellen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass die die Vorfahrtsregelung in Tempo 30-Zonen insbesondere im Bereich der Georg-Voigt-Straße und der Ockershäuser Allee verbessert umgesetzt wird, indem deutlicher auf die geltende Verkehrsregelung hingewiesen wird und/oder andere bauliche Voraussetzungen geschaffen werden.

Begründung:

Die Georg-Voigt-Straße sowie die Ockershäuser Allee sind erfreulicherweise Teil einer 30er Zone. Allerdings hat die damit verbundene Vorfahrtsregelung immer noch nicht Einzug in den Alltag gehalten. U.a. an der Kreuzung Georg-Voigt-Straße/Alfred-Wegener-Straße, aber auch im Bereich des Blitzweges und anderen Teilen der Georg-Voigt-Straße kommt es immer wieder zu gefährlichen Konflikten. Hier möge der Magistrat Abhilfe schaffen, indem auf die für viele eben immer noch neue Vorfahrtssituation besser hingewiesen wird. Gleiches gilt im gesamten Bereich der "Hauptstraßen" Ockershausens, wie etwa der Ockershäuser Allee, dem Zwetschenweg oder der Willy-Mock-Straße.

All diese Straßen sind Schulweg und/oder Wege Kinderkrippen, daher ist es besonders wichtig, hier für Verkehrssicherheit zu sorgen, zum Beispiel durch Markierungen auf der Straße.

Dr. Elke Neuwohner **Marco Nezi**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6314/2018** öffentlich 11.06.2018
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. sichere Schulwege

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten aus dem Schulwegesicherheitskonzept die Gefahrenpunkte herauszugreifen und aus ihnen eine Priorisierungsliste zu erstellen. Zusätzlich soll ein Handlungsplan erstellt werden, der den zeitlichen Rahmen angibt, in dem diese Gefahrenpunkte entschärft werden sollen. Dieser Prozess soll unter Einbeziehung von Schulelternbeirat, KiJuPa und Schulleitungen erfolgen.

Begründung:

Kinder und Jugendliche sollen in die Lage versetzt werden, sich möglichst selbstbestimmt durch die Stadt zu bewegen. Zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule ist ein Betrag zu Gesundheit im Alltag, aber hilft Kindern und Jugendliche auch, sich ihre eigenen Räume zu erschließen. Dafür müssen die Wege so sicher wie möglich sein. Manche „Elterntaxis“ und auch gefährliche Ampelschaltungen stellen große Risiken dar.

Hier möchten wir den Magistrat bitten, aktiv zu werden.

Dr. Elke Neuwohner Marco Nezi

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6361/2018** öffentlich 30.07.2018
Antragstellende Fraktion/en:	SPD CDU BfM	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. "Waldstraße" zwischen Waldtal und Bauerbach/Ginseldorf

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, sich für den Erhalt der Waldstraße als Radverkehrsverbindung zwischen dem Waldtal und den Lahnbergen zwischen Bauerbach und Ginseldorf in mindestens bisheriger Qualität nachdrücklich einzusetzen.

Dazu soll der Magistrat unverzüglich Gespräche mit dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung mit dem Ziel aufnehmen, diesen wichtigen Bestandteil des hessischen Radwegenetzes in bisheriger Qualität zu erhalten.

Darüber hinaus ist der Weg unverzüglich in die Marburger Radverkehrsplanung aufzunehmen.

Begründung:

Hessen-Forst als Fachbehörde des hessischen Umweltministeriums hat die Öffentlichkeit darüber informiert, dass der bisher mit einer Asphaltdecke versehen Weg zwischen dem Waldtal und den Lahnbergen zurückgebaut werden und mit einer wassergebunden Splittdecke versehen werden soll.

Begründet wird dies mit den Vorgaben des FSC-Zertifizierung und der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, wonach bei einem Neubau die Ausführung mit Schwarzteerdecken unzulässig sei.

Diese Argumentation greift schon alleine deshalb nicht, weil es sich nicht um einen Neubau handelt.

Der Weg, der offiziell als Forstwirtschaftsweg geführt wird, ist ein wichtiger Bestandteil des hessischen Radwegenetzes und wird deshalb vom Land Hessen offiziell als Radweg geführt (Radroutenplaner des HMW). Er ist eine Verbindung ohne große Steigung und aufgrund dessen und aufgrund des vorhandenen Untergrundes leicht zu befahren.

Nach Aussage des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) sind wassergebundene Decken nur „eingeschränkt allwettertauglich“. Sie sind „selbst gegen geringfügigen KFZ-Verkehr“ außerordentlich anfällig. Das hohe Gewicht und die Antriebskräfte motorisierter Fahrzeuge beschleunigen die Zerstörung ... so sehr, dass ihr Einbau nur für Radwege ohne jede Mitbenutzung durch KFZ ... in Frage kommt. Auch Pferdehufe machen sie in kürzester Zeit unbefahrbar (...). Auf Gefällestrecken reicht meist schon das Regenwasser aus, den Weg durch Erosion oder Unterspülung unpassierbar zu machen (...).

Das Land Hessen würde mit dem jetzigen Planungsstand selbst das Ziel, einen Waldwirtschaftsweg zu erhalten, konterkarieren. Es würde in die Bemühungen der Stadt Marburg, den Radverkehr attraktiver zu gestalten, massiv eingreifen. Wer ernsthaft den Radverkehr fördern möchte, kann nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen die bewährte Radverkehrsverbindung zerstören wollen.

Die Stadt Marburg kann durch den Erhalt der Asphaltdecke die Maßnahme 53 des Radverkehrsplanes flankieren, da dort lediglich im oberen Bereich zu der für den MIV freigegebenen Straße eine Instandsetzung des Weges erfolgen muss.

Der hessische Wald dient auch der Naherholung, asphaltierte Strecken sind dabei für Menschen mit Rollator, Kinderwagen oder Rollstuhl leichter zu befahren.

Gerald Weidemann **Andrea Suntheim-Pichler** **Mathias Range**
Dominic Dehmel **Winfried Kissel**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6381/2018** öffentlich 09.08.2018
Antragstellende Fraktion/en:	BfM SPD CDU	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von BfM, SPD und CDU betr. Aufklärungsoffensive zur Vermeidung von Plastikmüll

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, nach Möglichkeiten zusammen mit dem Landkreis Marburg eine Aufklärungsoffensive zu entwickeln und umzusetzen, um jeden Einzelnen, Bildungseinrichtungen und Firmen sowie weitere Institutionen und Einrichtungen konsequent über die Auswirkungen von Plastikmüll auf unseren Planeten und unsere Gesundheit zu informieren und was jeder dazu beitragen kann, Plastikmüll im Kleinen und Großen zu vermeiden.

Begründung

Die Allgegenwärtigkeit von Plastik ist uns allen bewusst. Wir finden Plastik in Form von elektrischen Geräten, Spielzeug oder Lebensmittelverpackungen, als Schreib- und Küchenutensilien, im Auto oder in Kleidung. Kunststoff ist so selbstverständlich für uns geworden. Doch auch in unserem Körper und vor allem in der Umwelt reichern sich Bestandteile von Kunststoffen an. Einige von ihnen sind stark gesundheitsgefährdend.

1991 wurde das Duale System Deutschland eingeführt. Seitdem wird der Plastikmüll getrennt, jedoch über die Vermeidung von Plastikmüll machen sich zu wenige Mitmenschen wirklich Gedanken – wir haben ja den gelben Sack.

Doch der Druck auf die Verbraucher steigt, da auf den digitalen Kanälen die Bilder von Plastikmüllinseln auf den Meeren und an Plastikmüll verendeten Tieren omnipräsent sind. Mit dem ersten Ergebnis, dass noch konsequenter Plastikmüll getrennt wird. Daher steigt das Aufkommen an Plastikmüll in Deutschland. Hinzu kommt, dass China den Plastikmüll seit dem 01.01.2018 nicht mehr aufkauft. Anfang Juni 2018 signalisierte die Sortieranlage Sinn bei Dillenburg Überlastung und konnte den gelben Sack aus Teilen des Landkreises Marburg – Biedenkopf nicht mehr abnehmen.

Auch wenn sich die Anbieter, die plastikfreie Artikel verkaufen mehren, ist deren Anzahl noch klein. Doch auch der Druck auf die Konzerne wächst. 40 von ihnen haben sich im vergangenen Jahr verpflichtet, weniger Plastik einzusetzen.

Aus unserer Erfahrungen geht ein großer Teil der Bevölkerung nach wie vor sehr unbesorgt mit diesem Thema um. Aus diesem Grund halten wir eine Aufklärungsoffensive für unumgänglich.

Andrea Suntheim-Pichler
Gabriele Mensing
Thorsten Büchner
Shaker Hussein
Karin Schaffner
Roger Pfalz

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6382/2018** öffentlich 09.08.2018
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion B90/die Grünen betr.: Kommunale Strategie zur nachhaltigen Reduzierung des Eintrags von Mikroplastik in lokale Fließgewässer und Böden

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt

1. für die Universitätsstadt Marburg eine Strategie mit dem Ziel zu entwickeln, den Eintrag von Mikroplastik in die lokalen Fließgewässer und Böden nachhaltig zu reduzieren.
2. dazu klare Maßnahmen und Umsetzungsziele zu formulieren.
3. die erarbeitete Strategie, den Maßnahmenkatalog und die Umsetzungsziele der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

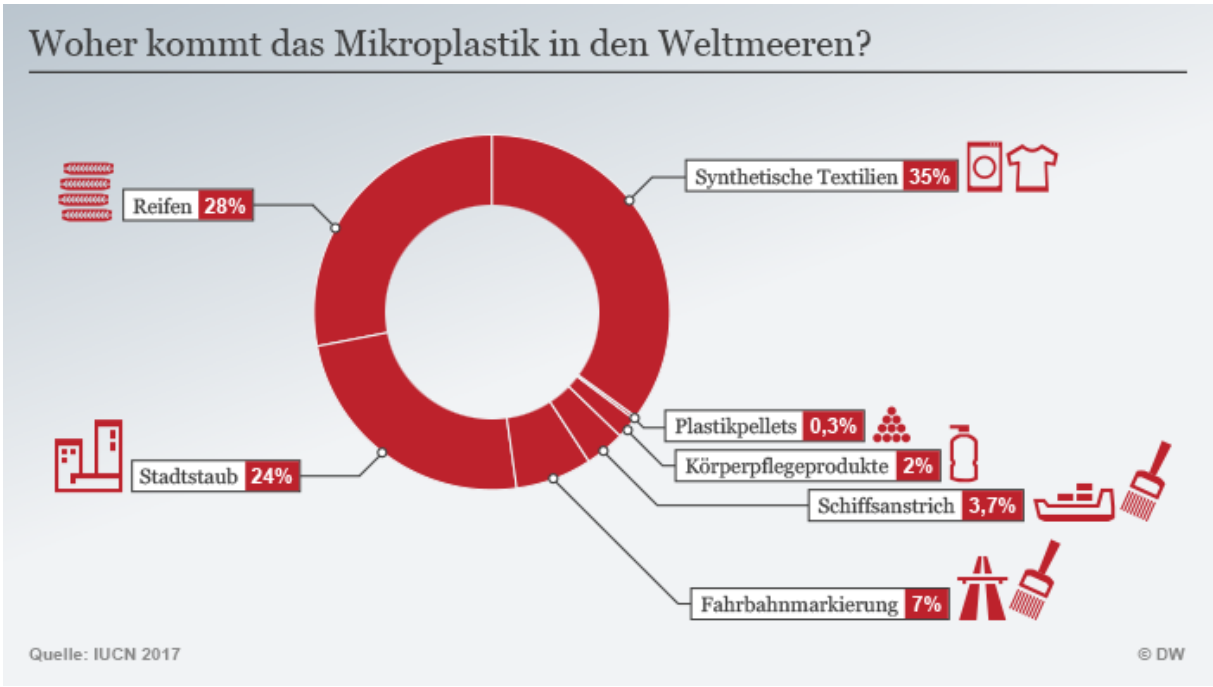
Schon seit längerem beunruhigen Nachrichten über die erschreckende Zunahme von Mikroplastikteilchen in Flüssen, Seen und Meeren (feste und unlösliche synthetische Polymere (Kunststoffe), die kleiner als fünf Millimeter sind). Aber auch die Böden unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen sind davon massiv betroffen.

Die Auswirkungen dieser massiven Form von Umweltverschmutzung beginnen uns erst so langsam klar zu werden. Tiere und Pflanzen nehmen diese Mikroplastikteilchen aus Böden und Wasser auf, und damit gelangen die Teilchen zunehmend in die Nahrungsketten, an deren Ende auch die Menschen betroffen sind. Die Folgen sind im Detail noch nicht erforscht. Aber wir wissen, dass das massive gesundheitliche Folgen haben wird.

Auch wenn die EU, die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Verantwortung stehen auf gesetzlichem Wege dem entgegen zu wirken, ist es kommunale Aufgabe vor Ort dafür zu sorgen, das Anfallen von Mikroplastik und den damit einhergehenden Eintrag in Bö-

den und Gewässer nachhaltig zu reduzieren. Denn Mikroplastik kommt hier und jetzt in die Umwelt – auch in Marburg.

Verantwortlich dafür sind mehrere Quellen. Wir haben sicher in Marburg keinen Einfluss auf den Anstrich von Seeschiffen. Der Blick auf die Graphik der **IUCN** (***I**nternational **U**nion for **C**onservation of **N**ature and **N**atural Resources*; deutsch „*Internationale Union zur Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen*“ jedoch zeigt, welche Quellen für Mikroplastik auch in Marburg beeinflusst werden können.



So kann z.B. der Reifenabrieb durch die Auswahl von Straßenbelägen und Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs reduziert werden. Auch auf den Stadtstaub und die Art der Fahrbahnmarkierungen kann die Universitätsstadt Einfluss nehmen. Ergänzend können lokale Informationskampagnen über Alternativen zu schädlichen Textilien und Pflegeprodukten aufklären.

Dies muss sich der Magistrat zur Aufgabe machen und geeignete Maßnahmen in einer Strategie zusammenfassen. Damit eine solche Strategie auch wirksam umgesetzt werden kann, müssen einerseits verbindliche Reduktions- und Umsetzungsziele formuliert werden, und andererseits muss die Umsetzung der Maßnahmen regelmäßig kontrolliert werden.

Mit einer solchen kommunalen Strategie kann die Universitätsstadt Marburg nicht nur eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung von Mikroplastik werden. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung kämen damit ihrer Verantwortung für Mensch und Umwelt nach.

Hans-Werner Seitz **Dietmar Göttling**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6383/2018** öffentlich 09.08.2018
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Plastikverpackungen raus aus Marburg

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bisher gemachte Fortschritte und Initiativen zu unterstützen und die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot von Plastiktüten und -verpackungen sowie Plastikgeschirr durch städtische Satzungen zu prüfen und potenziell vorhandene Rechtsetzungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Begründung:

Plastikmüll gefährdet unsere Umwelt und die ökologische Vielfalt. Menschen, Tiere und Pflanzen sind zunehmend auch gesundheitlich vom wachsenden Plastikmüllaufkommen betroffen und in den Ozeanen treiben gigantische Massen von Plastikverpackungen mit unvorstellbaren Folgen für das gesamte Ökosystem. Wie neuerliche Zahlen zeigen, nimmt Deutschland bedauerlicherweise innerhalb der EU einen traurigen Spitzenplatz ein.

Insbesondere die horrende Zahl von „klassischen“ Einweg-Verpackungsmaterialien trägt wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Handlungsoptionen ergeben sich für jede*n von uns und gerade für Marburg als Stadt, die bereits seit langem ökologisch zukunftsweisend arbeitet und wirkt. Nicht zuletzt die Bemühungen der Europäischen Kommission im Hinblick auf ein europaweites Verbot von Einweg-Plastikverpackungen und Plastikgeschirr sollten in Marburg als Initialzündung verstanden werden, als aktive Kommune bei Umwelt-, Natur- und Klimaschutz mit eigenen Initiativen und Bemühungen wie schon in der Vergangenheit beispielhaft voran zu gehen. Marburgs Vorreiterrolle zeigt sich an vielen Stellen, vom Marburger Klimaschutzbecher bis hin zur bereits erfolgten, schrittweisen Vermeidung von Plastikverpackungen im Einzelhandel durch entsprechende Kampagnen und Verhandlungen. All diese Schritte sind richtig und wichtig, doch leider noch nicht genug.

Marco Nezi **Christian Schmidt**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6386/2018** öffentlich 13.08.2018
Antragstellende Fraktion/en:	CDU SPD BfM	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Kenntnisnahme	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Schlafampeln in Marburg

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, bei welchen Ampelanlagen im Stadtgebiet es aus verkehrstechnischer Sicht Sinn macht, diese als Bedarfsampeln (sog. Schlafampeln) umzurüsten.

Begründung:

Bedarfsampeln sind in vielen Städten ein bewährtes Mittel um den Verkehrsfluss zu gewährleisten. So können zum Beispiel Rückstaus durch das zeitweise Ausschalten der Anlagen reduzieren werden. Ein weiterer Vorteil dieser „Schlafampeln“ liegt auch darin, dass sie im Gegensatz zu den Anlagen mit Grün-Signal keine Beschleunigung des Autoverkehrs provozieren.

Die kürzlich durchgeführte Umrüstung der Ampelanlage Elisabethstraße, Kreuzung Ketzerbach zeigt bereits nach kurzer Zeit positive Wirkung und kann als Beispiel für weitere Umrüstungen an dafür geeigneten Stellen gelten, um sowohl Autofahrern als auch Fußgängern eine praktikable Lösung zu bieten.

Jens Seipp
Roger Pfalz
Karin Schaffner
Thorsten Büchner
Dr. Fabio Longo
Alexandra Klusmann
Andrea Suntheim-Pichler

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: Status: Datum:	**VO/6243/2018** öffentlich 04.05.2018
Antragstellende Fraktion/en:	BfM	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der BfM-Fraktion betr.: Einseitige Öffnung der Weidenhäuser Brücke stadteinwärts

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird dazu aufgefordert, alle notwendigen Vorkehrungen dafür zu treffen, dass die einseitige Öffnung der Weidenhäuser Brücke ab dem geplanten Öffnungstermin am 26.10.2018 **stadteinwärts** erfolgen kann.

Begründung:

Durch die Schließung der Weidenhäuser Brücke seit dem 26.02.2018 hat sich die ohnehin nicht einfache Situation für den Marburger Einzelhandel in der Südstadt und der Oberstadt noch verschärft.

Als eine erste Gegenmaßnahme hat der Oberbürgermeister das Stadtmarketing damit beauftrag, ein Konzept für eine Werbemaßnahme zu erarbeiten, die dagegen steuert, bzw. dem Endverbraucher vermittelt, dass Marburg und sein Einzelhandel sowie Dienstleister trotz Schließung der Brücke erreichbar sind. Diese Maßnahme wird aus unserer Sicht nicht greifen, wenn die Weidenhäuser Brücke ab dem 26.10.2018 stadtauswärts geöffnet sein wird.

Andrea Suntheim-Pichler **Gabriele Mensing** **Roland Frese**